

OKO est.

Landrat des Kreises Steinfurt
Herrn Thomas Kubendorff
Tecklenburger Straße 10
48565 Steinfurt

Olaf Scholz

Bundesminister
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 11017 Berlin

TEL +49 30 18 527-2323
FAX +49 30 18 527-2328
E-MAIL olaf.scholz@bmas.bund.de

Berlin, 25. April 2008

Sehr geehrter Herr Landrat Kubendorff,

seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts Ende letzten Jahres zur Organisation der Grundsicherung wird an vielen Stellen intensiv über die künftige Organisationsform diskutiert.

Ich bedauere, dass dabei offenbar an manchen Stellen der Eindruck entstanden ist, es werde die Zukunft der zugelassenen kommunalen Träger in Frage gestellt. Um es klar zu sagen: Das ist nicht der Fall.

Wir werden nicht nur die im Gesetz vorgesehene zugelassene kommunale Trägerschaft im Wege der Experimentierklausel bis Ende 2010 unverändert lassen. Sondern ich halte auch die im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD vorgesehene Vereinbarung für richtig, dass die zugelassene kommunale Trägerschaft verlängert wird. Alle zugelassenen kommunalen Träger werden über das Jahr 2010 hinaus bestehen. Es besteht kein Anlass für Besorgnis.

Die derzeitige Diskussion über die Folgen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts betrifft lediglich die Landkreise, Städte und Gemeinden, in denen die Grundsicherung für Arbeitsuchende durch eine Arbeitsgemeinschaft (Arge) durchgeführt wird. Hierzu hat das Verfassungsgericht geurteilt, dass diese Form der Aufgabenwahrnehmung nicht verfassungsgemäß und bis Ende 2010 zu beenden ist. Sofern wir bis zu diesem Datum keine Veränderungen vornehmen, würde also die bisherige gemeinsame Organisation abgewickelt und durch eine getrennte Aufgabenwahrnehmung ersetzt. Dabei würden dann

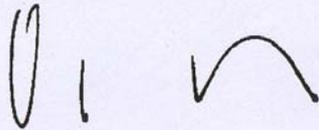
die Agenturen für Arbeit für die Regelleistungen und die Eingliederungsleistungen zuständig sein, die Kommunen trügen die Verantwortung für die Leistungen für Unterkunft und Heizung sowie die sozialintegrativen Leistungen.

Eine solche Situation würde ich allerdings gerne vermeiden. Denn im Interesse der Betroffenen sollte es aus meiner Sicht dabei bleiben, dass sie Leistungen möglichst an einer Stelle erhalten können und die bewährte Zusammenarbeit von Kommunen und Agenturen soweit sie rechtlich zulässig ist, fortgeführt werden kann.

Dementsprechend arbeitet mein Haus gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit derzeit intensiv an einem möglichst attraktiven Modell als verfassungskonforme Nachfolgelösung der Arge. Wie Sie sicher gehört haben werden, schlagen wir ein sogenanntes Kooperatives JobCenter vor, in welchem die Kommune unter einem Dach mit der Bundesagentur für Arbeit die Grundsicherung für Arbeitslose sowie die übrigen Leistungen organisiert.

Ich hoffe, dass ich Ihnen die Hintergründe zu den Vorschlägen meines Hauses erläutern konnte und würde mich freuen, wenn wir weiter gemeinsam daran arbeiten, die Arbeitslosigkeit nachhaltig zu bekämpfen und den Hilfebedürftigen in ihrer schwierigen Lebenslage zur Seite zu stehen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'O', a vertical line, and a wavy line.